

TERMINE DES TAGES

Ergebnisse
 ■ Deutsche Börse: Investor Day

Hauptversammlungen
 ■ Wüstenrot & Württembergische (10:00)

IN DIESER AUSGABE

BVI	16
Carmignac Gestion	29
Commerzbank	4
Deutsche Bank	8
Ergo	4
GDV	4
HSH Nordbank	3
Hypo Alpe Adria	4
ING-DiBa	3
Morgan Stanley Bank	16
Munich Re	4
National-Bank	16
Nord/LB	3
Royal Bank of Scotland	4
Russell Investments	3
Signal Iduna	4
TMW Pramerica	4
Property Investment	4
Unicredit	5
Uniq	4

„Finanzierungsquellen besser durchmischen“

Direktbank will im Juni einen 500 Mill. Euro schweren Pfandbrief platzieren – Vorstand rechnet mit einer Benchmark-Emission pro Jahr

Neue Refinanzierungsmethoden will sich die ING-DiBa erschließen, erklärt der für das Wertpapiergeschäft zuständige Vorstand Martin Krebs. Die Direktbank plant für Juni ihr Debüt am Pfandbriefmarkt; die Emission soll ein Volumen von 500 Mill. Euro erreichen.

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

■ Herr Krebs, die ING-DiBa ist bislang eher als Privatkundenbank mit starker Einlagenseite bekannt. Was verleitet Sie dazu, einen Pfandbrief zu begeben?

Wir wollten unsere Finanzierungsquellen besser durchmischen und eine langfristige, aber flexible Form der Refinanzierung zufügen. Das gibt uns die Möglichkeit, einen starken Anstieg der Aktiva auch dann mitzumachen, wenn die Einlagenseite vielleicht mal nicht so stark wächst. Unser Ziel ist es, die Liquiditätsanforderungen der BaFin jederzeit deutlich zu übertreffen, und darin werden wir mit einer weiteren Finanzierungsquelle flexibler.

■ Von der Notwendigkeit dazu war im vergangenen Jahr nicht viel zu sehen, die Einlagen wuchsen erneut deutlich stärker als die Kredite.

Klar, aber wenn wir auf der Einlagenseite mal 2 oder 3 Mrd. Euro langsamer wachsen, was bei einem Volumen von 80 Mrd. Euro gar nicht mal so viel ist, dann können wir das über ein Engagement am Pfandbriefmarkt wieder reinholen.

■ Wann wollen Sie an den Markt gehen, und in welcher Größenordnung wird das sein?

Wir planen eine Benchmark-Emission von 500 Mill. Euro, die Laufzeit ist noch nicht ganz klar, aber sie wird im Bereich von fünf Jahren liegen. An den Markt wollen wir im Juni. Genauere Details müssen wir mit den Konsortialbanken abstimmen.

■ Wer sitzt im Konsortium?

Neben der ING ist das die Commerzbank, HSBC und die Unicredit.

■ Wie sieht Ihr Deckungsregister aus?

Darin finden sich ausschließlich private Baudarlehen jüngerer Datums aus Deutschland. Wir haben erst im Januar 2011 begonnen, Darlehen in den Deckungsstock einzustellen. Ende April hatte dieser ein Volumen von 665 Mill. Euro.

■ Warum ist die Deckungsmasse nicht größer, immerhin haben Sie einen Baudarlehenbestand von rund 50 Mrd. Euro?

Die älteren Darlehen genügen nicht alle sämtlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes. Dazu ist es unter anderem nötig, dass wir uns das jeweilige Bauobjekt vor Ort anschauen haben. Daher bauen wir die Deckungsmasse jetzt sukzessive mit neuen Darlehen auf.

■ Weshalb haben Sie sich gerade jetzt für diesen Schritt entschieden?

Die erste Emission ist sicher nur ein erster Schritt. Wir wollten nicht dann emittieren, wenn wir großen Bedarf haben, sondern jetzt in aller Ruhe an den Markt gehen und dabei auch Erfahrungen sammeln. Derzeit ist der Markt für Pfandbriefe gut, die Nachfrage ist da.

■ Haben Sie schon einen Plan für eine zweite Emission?

Es ist noch nicht sicher, aber wenn die Emission gut läuft, könnten wir eventuell noch in diesem Jahr noch einmal mit einem kleineren Papier an den Markt gehen. Ziel ist es, jedes Jahr mindestens mit einer Benchmark-Emission an den Markt zu kommen.

■ Aktuell gehen neben den bekannten Pfandbriefbanken auch andere Institute wie etwa Sparkassen an den Markt. In welcher Konkurrenzsituation stehen Sie da?

Wir haben insofern ein Alleinstellungsmerkmal, als dass unsere Deckungsmasse ausschließlich aus Re-

tailkrediten besteht, der Deckungsstock also sehr granular ist. Bei den Sparkassen-Papieren sind in der Regel auch gewerbliche Immobilien enthalten. Grundsätzlich erwarten wir aber, dass der Markt enger wird, wobei wir einen Trend weg vom öffentlichen und hin zum Hypothekarpfandbrief sehen.

■ Wie teuer wird die Refinanzierung per Pfandbrief für Sie?

Dies werden wir in Investorengesprächen, die nächste Woche beginnen, erörtern. Wir rechnen mit einem vergleichsweise geringen Aufschlag zur Swapmitte aufgrund der hohen Qualität unserer Deckungsmasse.

■ An was für Investoren richten Sie sich?

Das werden zunächst mal nur institutionelle sein, die Stückelung ist 100.000 Euro. Aber für die Zukunft können wir uns auch vorstellen, Pfandbriefe Privatkunden anzubieten. Dann wird es spannend zu sehen, ob die Kunden sich für unseren fünfjährigen Sparbrief mit aktuell 3% Zinsen oder für den Pfandbrief entscheiden.

■ Wie wichtig war Ihr Mutterkonzern bei der Erlangung des „Aaa“-Ratings für den Pfandbrief?

Der hat keine wesentliche Rolle gespielt, die ING hat noch nicht einmal eine Patronatsklärung abgegeben. Dass eine implizite Unterstützung da ist, ist offensichtlich, aber formal gibt es keinen Support.

■ Aber könnte Ihre Zugehörigkeit zum ING-Konzern, der in der Krise Hilfe vom niederländischen Staat bekommen hat, noch mal zum Tragen kommen, wenn die Situation sich verschlechtert?

Sicherlich hat Moody's dies bei der Einstufung berücksichtigt. In der Regel sind die Ratings von Tochtergesellschaften unter denen der Mutter. Im Falle der ING-DiBa und ING sind die Ratings identisch.

■ Bislang lassen Sie sich nur von einem Ratingagentur, von Moody's, bewerten. Soll noch eine zweite Agentur dazukommen?

Der Plan ist erst mal, mit einer Ratingagentur zusammenzuarbeiten. Wir zielen derzeit noch nicht auf Investorengruppen, die ausschließlich Papiere mit zwei Ratings kaufen.

Das Interview führte Martin Hampel.

ZUR PERSON

Vielseitig



Martin Krebs

mel – Sein Handwerk gelernt hat Martin Krebs einige Kilometer westlich seines derzeitigen Arbeitsplatzes bei der ING-DiBa in Frankfurt – Krebs studierte an der European Business School (EBS) in Wiesbaden. Seine berufliche Laufbahn startete der 43-jährige Vorstand der Retailbank allerdings bei einem ausgewiesenen Investmenthaus, nämlich bei Goldman Sachs in London. 2002 beriet er, inzwischen für die J.P. Morgan in Frankfurt tätig, die ING-DiBa beim Kauf der Direktbank Entrium. Ein Jahr später wechselte Krebs die Seiten und kam 2003 als Generalbevollmächtigter zur ING-DiBa, bevor er im Jahr 2006 zum Vorstandsmitglied bestellt wurde. Krebs leitet bei der Direktbank die Bereiche

Wertpapier, Treasury, Total Quality Management, Einkauf/Facility Management und Logistik.
 (Börsen-Zeitung, 1.6.2011)

Sepa-Rat trifft sich erstmals in Berlin

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

tl Frankfurt – In der Europäischen Union sollen zukünftig einheitliche Standards für Überweisungen und Lastschriften gelten. Um die Umstellung von den bestehenden nationalen Verfahren auf die neuen Sepa-Verfahren möglichst nutzerfreundlich zu gestalten, hat sich gestern der deutsche Sepa-Rat in Berlin konstituiert, teilten die Federführer Bundesfinanzministerium und Deutsche Bundesbank mit. Vertreten sind u. a. die Bankenverbände, der Versicherungsverband GDV und der BVI.

HSH Nordbank wartet auf Brüssel

Positive Entscheidung im EU-Beihilfeverfahren bis Sommer erwartet

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

m. Hamburg – Die Neuausrichtung der HSH Nordbank wirkt: Die Bank liefert mit einem positiven Nachsteuerergebnis von 126 Mill. Euro ihr drittes Gewinnquartal in Serie ab. Jetzt wartet die Bank auf den Ausgang des EU-Beihilfeverfahrens.

„Die HSH Nordbank ist auf gutem Weg, sich nachhaltig stabil und profitabel aufzustellen“, erklärt der neue Vorstandsvorsitzende Paul Lerbinger. Man werde die Neuausrichtung „konsequent und zügig“ weiter umsetzen. Für das Gesamtjahr zeigt sich Lerbinger zuversichtlich, einen Konzernüberschuss über dem Niveau von 2010 zu erzielen. Die Wiedererlangung der Dividendenfähigkeit ist für 2012 geplant.

Als nächste Hürde steht die Entscheidung in Brüssel über das Beihilfeverfahren an. Sowohl Vorstand als auch Wirtschaftsprüfer KPMG weisen darauf hin, dass der Fortbestand des Instituts davon abhängt, dass die EU die von den beiden Großaktionären Hamburg und Schleswig-Holstein (83,3%) gewährten Stabilisierungsmaßnahmen „in absehbarer Zeit“ durchwinkt. Die Bank rechnet mit einer Entscheidung bis zum Sommer. Sie hofft, dass die Genehmigung nur mit solchen Auflagen ver-

bunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar ist. Mit Blick auf die verschärften Eigenkapitalanforderungen von Basel III dürfe auch die durch die Länderhilfen ermöglichte Eigenmittelausstattung nicht gefährdet werden.

Gegenläufig zu der auf 139 (151) Mrd. Euro abgeschmolzenen Bilanzsumme erhöhte sich die Kernkapitalquote auf 17,2 (15,4) %.

Garantien zurückführen

Die weitere Rückführung der öffentlichen Garantien hat Priorität. Mitte Mai hatte die Bank eine weitere vom Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) garantierte Emission von 3 Mrd. Euro zurückgezahlt. Bis Mitte 2012 sollen die restlichen Anleihen von 6 Mrd. Euro zurückgeführt werden. Weitere Teilkündigungen des Risikochirms der Länder (9 Mrd. Euro) seien noch im laufenden Jahr geplant.

Auf Grundlage der erreichten Stabilisierung will die HSH Nordbank ihr Neugeschäft in der Kernbank ab sofort wieder steigern. „Wir werden uns dabei auf ausgewähltes Neugeschäft mit einem angemessenen Ertrags- und Risikoprofil konzentrie-

ren“, erklärte Lerbinger. Wie in den Vorquartalen hat sich auch in den ersten drei Monaten ein maßgeblich gesunkener Risikovorsorgebedarf positiv bemerkbar gemacht. Parallel dazu verschlankte sich die Bank weiter und setzte den Abbau von Risikopositionen fort.

**HSH Nordbank
Konzernzahlen nach IFRS**

in Mill. Euro	1. Quartal 2011	2010
Zinsüberschuss	325	407
Provisionsüberschuss	32	43
Hedgeergebnis	-14	4
Handelsergebnis	-34	-6
Ergebnis a. Finanzanlagen	65	27
At Equity-Ergebnis	-4	-
Risikovorsorge Kredit.	76	-455
Verwaltungsaufwand	-207	-197
Sonst. betriebl. Ergebnis	4	8
Ergebnis vor Restrukt.	243	-170
Öffentliche Garantien	-112	-151
Vorsteuerergebnis	131	-320
Nachsteuerergebnis	126	-276
Ergebnis je Aktie (Euro)	0,48	-1,06

Börsen-Zeitung

Nord/LB erwischt starken Start

Nachsteuerergebnis fast verdreifacht – Vorsorgen aufgelöst

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

m. Hamburg – Die Nord/LB Norddeutsche Landesbank konnte im ersten Quartal dieses Jahres ihr Nachsteuerergebnis mit 87 (30) Mill. Euro fast verdreifachen. „Der Start ins Geschäftsjahr 2011 ist ausgesprochen erfolgreich verlaufen“, erklärte Vorstandsvorsitzender Gunter Dunkel. Trotz Impairments für Griechenland-Bonds und Belastungen aus der Bankenabgabe soll im Gesamtjahr das Vorsteuerergebnis von 2010 (236 Mill. Euro) übertroffen werden.

Während sich die Eigenkapitalrendite in den ersten drei Monaten deutlich auf 10,2 (3,8) % verbesserte, rutschte die Cost-Income-Ratio auf 64,7 (56,9) % ab. In der Segmentberichterstattung wird sichtbar, dass dafür das Geschäft mit Energie-, Infrastruktur- sowie Immobilienkunden mitverantwortlich war. Generell habe sich aber der positive Aufwärtstrend noch einmal verstärkt.

Mit ihrem im ersten Quartal angelaufenen Kapitalstärkungsprogramm habe die Bank wesentliche Schritte zur Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen eingeleitet. Aktuell ist die Nord/LB mit einer Kernkapitalquote von 9,7 (9,1) % unterwegs. Die jüngst von den Trägern

beschlossenen Kapitalmaßnahmen (Umwandlung von 1,1 Mrd. an stillen Einlagen und Kapitalzufuhr von 600 Mill. Euro) werden zu einer weiteren Stärkung der Kapitalausstattung beitragen.

Die Vorsorgen im Kreditgeschäft haben sich im ersten Quartal weiter entspannt. Während im ersten Quartal des Vorjahres noch ein Aufwand von 149 Mill. Euro zu schultern war, konnten diesmal 11 Mill. Euro aufgelöst werden. Dies resultierte im Wesentlichen aus der Nettoauflösung von Portfoliowertberichtigungen. Hier wirkten sich die rückläufigen Ratingmigrationseffekte aufgrund der konjunkturellen Erholung aus.

Auch Einzelwertberichtigungen konnten in einigen Geschäftsfeldern aufgelöst werden. Das bezog sich aber nicht auf Immobilien-, Schiffs- und Flugzeugkunden, für die in den Vorabschlüssen in „überschaubarem“ Umfang Einzelwertberichtigungen gebildet worden waren.

Das Gesamtexposure in Griechenland gibt die Bank mit 719 Mill. Euro an. Davon entfallen auf den Staat 273 Mill. Euro und auf Finanzen 100 Mill. Euro.

Während der Zinsüberschuss in den ersten drei Monaten auf 384 (358) Mill. Euro zulegte, gab der Pro-

visionsüberschuss auf 45 (50) Mill. Euro nach. Das Handelsergebnis (einschließlich Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Hedge Accounting) unterstützte diesmal nur noch mit 36 (67) Mill. Euro. Verantwortlich war die ungünstige Zinsentwicklung.

**Nord/LB
Konzernzahlen nach IFRS**

in Mill. Euro	1. Quartal 2011	2010
Zinsüberschuss	384	358
Provisionsüberschuss	45	50
Handelserg./Fair Value	36	67
At Equity-Ergebnis	5	-19
Sonstiges betriebl. Erg.	-34	5
Verwaltungsaufwand	282	249
Vorsorgen Kreditgesch.	11	-149
Ergebnis Finanzanlagen	-28	-10
Vorsteuerergebnis	137	53
Nachsteuerergebnis	87	30
Cost-Income-Ratio (%)	64,7	56,9
Kapitalrendite (RoE %)	9,7	9,1
Kernkapitalquote (%)	9,7	9,1
Bilanzsumme	221.800	228.600

Börsen-Zeitung

Russell drängt auf deutschen Markt

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

mel Frankfurt – Der globale Vermögensverwalter Russell Investments will auf dem deutschen Markt Fuß fassen. Eine starke Präsenz in Frankfurt sei Teil der Wachstumsstrategie des Unternehmens für Deutschland und Österreich, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Aktuell ist Russell Investments noch dabei, ein Team für die Frankfurter Niederlassung zusammenzustellen.

Die Produktpalette des neuen Büros werde die sogenannten Russell-Indizes, das Beratungsgeschäft, eine Palette von Investmentfonds sowie die Implementierungsdienste von Russell umfassen. Letztere beinhalten unter anderem Dienstleistungen wie Transition Management sowie Währungs-Overlays und andere Sicherungsstrategien.

CDU-Europaabgeordneter Balz fordert Verschärfung von EU-Richtlinie – Bündnisgrüner Schick plädiert für Leverage Ratio

Börsen-Zeitung, 1.6.2011

bn Frankfurt – Den Ratingagenturen droht neues Ungemach. Der CDU-Europaabgeordnete Burkhard Balz macht sich für eine Verschärfung der erst vor wenigen Monaten in Kraft getretenen EU-Richtlinie zu Ratingagenturen stark. Er sei für eine Überprüfung, sagte er der Börsen-Zeitung am Rande des 3. Kapitalmarktforums am Dienstag in Frankfurt. Eine Verschärfung wäre „die logische Konsequenz“, schließlich habe man seit Verabschiedung der ersten Fassung der Richtlinie neue Erkenntnisse gewonnen. Als ein Problem nannte Balz das Geschäftsmodell der vom Emittenten bezahlten Bonitätsnoten. Er glaube, es sei eine wesentliche Aufgabe der Regulierung

in den kommenden zwei bis drei Jahren, das Thema entsprechender Wechselwirkungen und Abhängigkeiten anzugehen, erklärte Balz in einer Fragerunde auf der Veranstaltung. Er wisse, dass die Ratingagenturen deshalb „sehr nervös“ seien. Die Pluralität sei ein weiteres Problem: „Wir haben eben nur einen kleinen Markt.“ Erst Ende 2010 hatte die Europäische Union die Agenturen per Richtlinie einer Kontrolle unterworfen, um die Qualität der Bewertungen von Kreditprodukten zu verbessern. Als eine Alternative zu von Emittenten bezahlten Ratings gelten vom Anleger finanzierte Bonitätsnoten. Der Plan einer europäischen Ratingagentur als Pendant der US-

Platzhirsche dürfte indes obsolet sein, wie Balz erkennen ließ. Der Plan einer EU-Ratingagentur werde „momentan nicht weiterverfolgt“, erklärte er und begründete dies vor allem finanziell, aber auch ordnungspolitisch. Seiner Einschätzung nach müsste eine solche Agentur sechs bis zehn Jahre finanziert werden, bevor sie sich am Markt etablieren könne. Die Politik könne ein solches Angebot unterstützen. Letztlich sollte es aber privatwirtschaftlich gespeist werden.

Als Dilemma bezeichnete es Gerhard Schick, bündnisgrünes Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, auf der Veranstaltung, dass Ratingagenturen einerseits bloße Meinungen äußerten,

aus denen andererseits aber ganz konkrete aufsichtliche Pflichten folgten, wenn sie sich änderten. Eine Regulierung der Rating-Methodik löse daher nicht das Problem, dass in den Märkten eine Prozyklik entstehe und die Akteure „letztlich nicht für das, was sie tun, wirklich haften“.

Die ersten Regulierungsschritte seien daher wichtig gewesen, resümierte Schick. Damit komme man aber noch nicht zu stabilen Märkten. Vielmehr müsse darauf geachtet werden, über bestimmte Ansätze der Regulierung von Banken und Versicherern, und zwar bei Basel III und Solvency II, die Bedeutung der Agenturen im Markt nicht zu verstärken. Schick: „Bisher ist dies nicht erfolgt, sondern wir haben an vielen Stellen

eher noch in die falsche Richtung gearbeitet.“ Das Bemühen, die Bedeutung der Ratingagenturen zu verringern, nannte Schick auch als einen Grund, warum sich seine Partei für eine ungewichtete Eigenkapitalunterlegung in Form einer Leverage Ratio stark mache: „Wir brauchen einen Puffer, der unabhängig ist von einzelnen Gewichtigungen.“ Auf einem Symposium der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management tags zuvor hatte Wolf Schumacher, Vorstandsvorsitzender der Aareal Bank, gewarnt, mit Basel III sowie der geplanten Leverage Ratio werde das Staatsfinanzierungsgeschäft in erheblichem Maße eingeschränkt. Dies sei der Politik noch nicht wirklich bewusst.